

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Söhdorf, Adlik, Bernsdorf, Küsdorf, St. Egidien, Schmiedsdorf, Karienza, Reudorf, Detmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Sängendorf, Thurn, Niedermüllern, Kabischnapp und Zirkheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

57. Jahrgang

Nr. 177.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Donnerstag, den 1. August

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1907.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Einzeljahrgang 1 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pf. Halbjährige 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Feldauerstraße 277, alle Postämter, Postanstalten, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die halbjährige Grundzelle mit 10, für anderwärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Preisliste 30 Pf. Im amtlichen Teil 10 Pf. für die amtliche Seite 30 Pfennige. Geschäfts-Verkehr Nr. 7. Inseratenannahme täglich bis 10 Uhr vormittags 10 Uhr. Telegrammadresse: L a g e b l a t t.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Viehhändlers **Pam Richard Nabe** in Lichtenstein wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Lichtenstein, den 30. Juli 1907.
Königliches Amtsgericht.

Sparkasse zu St. Egidien.

Öffnet: **Dienstags und Freitags** von nachmittags 3 bis 6 Uhr. Die Einlagen werden mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinst und **g e h e i m** behandelt. Geschäftslokal: **Gemeindeamt** daselbst.

Das Wichtigste.

* Die Delegierten des Bundes der Landwirte im Königreich Sachsen haben in einer Sitzung in Dresden die Wahlrechtsvorlage der Regierung für unannehmbar erklärt.

* Das deutsche Freiwilligen-Automobilkorps nimmt am diesjährigen Kaisermanöver mit 65 Wagen teil. Außerdem ist die Gründung eines Freiwilligen Motorradkorps beabsichtigt.

* Im Haag fand die Grundsteinlegung zum Friedenspalast der Carnegie-Stiftung statt.

* Dem Vernehmen nach wird das 8. deutsche Sängersfest im Jahre 1912 zum 50jährigen Jubiläum des Bundes in Leipzig abgehalten werden.

Die Einnahmen des Reiches.

Für das erste Viertel des laufenden Finanzjahres liegen die Ergebnisse der Einnahmen aus den wichtigsten Steuerquellen des Reiches vor. Was zunächst die Zölle und Verbrauchssteuern betrifft, so schneiden sie glücklicherweise gegenüber dem Etat günstig ab. Sie haben insgesamt, wenn man die nicht im Etat eingezeichnete Brennsteuer forsieht, 260,6 Millionen Mark aufgebracht. Im Reichshaushaltsetat für 1907 beträgt der Ansatz für ein Vierteljahr 247,6 Millionen Mark, so daß sich insgesamt ein Mehr gegen den Etat von 13 Millionen Mark ergeben hat. Zu dem Mehr tragen in erster Reihe die Zölle, und zwar mit 12,5 Millionen Mark bei. Leider handelt es sich hier hauptsächlich um Mehreinnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen, die dem Hinterbliebenenversicherungsfonds zuzuführen sind, also zur Befreiung der Ergebnisse der Reichskasse nicht führen werden. Die Branntweinverbrauchsteuer hatte ein Mehr von 6,8 Millionen, die Zuckersteuer von 0,6, Zigaretten- und Salzsteuer von je 0,1 Million abgeworfen. Dagegen haben gegen den Etatsanschlag ein Weniger zu verzeichnen gehabt die Reichskassensteuer in Höhe von 4,8, die Braupsteuer von 1,8 und die Tabaksteuer von 0,5 Millionen Mark. Einem Mehr von 20,1 Millionen steht danach ein Weniger von 7,1 Millionen Mark gegenüber, woraus die oben angegebenen 13 Millionen Ueberschuß hervorgehen. Da bei der Reichskassensteuer die Einnahmen erst in den letzten Monaten des Finanzjahres reichlich fließen, ist das Verhältnis der wirklichen Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern gegenüber dem Etatsanschlag noch günstiger, als in dem Ueberschuß von 13 Millionen Mark schon in die Erscheinung tritt.

Von den weiteren Einnahmequellen des Reiches kommen zunächst die den Einzelstaaten zu überweisenden Reichsstempelabgaben in Betracht. Die Bräusesteuer hat einen Ertrag von 18,2 oder 1,2 Millionen Mark über den Etatsanschlag, die Poststeuer 8,9 oder 0,8 unter dem Etatsanschlag abgeworfen. Das Endergebnis ist hier immer noch ein Ueberschuß von 0,4 Millionen Mark. Auch die Reichseisenbahnverwaltung hat mit ihren 29,9 Millionen Mark Einnahmen im ersten Viertel des laufenden Jahres gegenüber dem Etatsanschlag immer noch einen Ueberschuß von 0,4 Millionen Mark zu verzeichnen. Dann aber beginnen die Winderträge. Zunächst kommt dabei die Postverwaltung in Betracht. Sie hat 187,7 Millionen abgebracht, sollte aber nach dem Etat 182,6 Millionen abwerfen. Das Ergebnis ist demnach ein Fehlbetrag

von 14,8 Millionen Mark. Hier ist indessen immer noch auf eine Besserung in weiteren Monaten des Finanzjahres zu rechnen. Im ersten Semester sind die Posteinnahmen nicht so groß wie im zweiten.

Die neuen Steuern haben aber ein Ergebnis gehabt, das sich leider wohl nicht durch die späteren Einnahmen wird stark bessern lassen. Sie haben insgesamt 14 Millionen Mark, und zwar die Frachtkunden 3,2, die Personenfahrarten 3,9, die Kraftfahrzeuge 0,3, die Aufsichtsratsmitgliedervergütungen 2 und die Erbschaftsteuer 4,6 Millionen Mark erbracht. Nach dem Etatsanschlag beläuft sich der Vierteljahrsertrag aber auf nur 23 Millionen Mark, so daß mit einem Fehlbetrag von rund 9 Millionen Mark gerechnet werden muß. Nur der Frachtkundenstempel hat einen kleinen Ueberschuß zu verzeichnen gehabt, alle übrigen neuen Steuern schließen das erste Vierteljahr 1907 mit einem Fehlbetrag ab, darunter die Erbschaftsteuer mit einem solchen von 4,4, der Stempel für Fahrkarten von 3,7 Millionen Mark.

Sieht man die Endsumme, so steht einem Mehr von 13,8 Millionen Mark bei Zöllen und Verbrauchssteuern, Zöllen- und Poststeuern sowie Eisenbahnverwaltung ein Weniger von 23,8 Millionen Mark bei Postverwaltung und neuen Steuern gegenüber. Im ersten Viertel des Finanzjahres 1907 ist also bei den aufgezählten Einnahmequellen des Reiches ein Fehlbetrag von 10 Millionen Mark gegenüber dem Etatsanschlag festzustellen.

Deutsches Reich.

Dresden. (Der Vorstandswechsel im Dresdener konservativen Verein.) Der Vorsitzende des Dresdener konservativen Vereins Prof. Dr. Gravelius hat bereits am 30. Mai d. J. brachsig, den Vorsitz im Dresdener konservativen Verein niederzulegen, auf den dringenden Wunsch des Gesamtvorstandes aber sich bereit erklärt, sein Amt bis nach den Landtagswahlen beizubehalten. Prof. Gravelius ist gleichzeitig Vorsitzender des konservativen Landesvereins. Es machen sich nun schon seit einiger Zeit Strömungen geltend, die dahin zielen, diese beiden Ämter in einer Person zu trennen. Wie weit die Meinungsverschiedenheit in der konservativen Partei dazu beigetragen hat, läßt sich augenblicklich noch nicht sagen, da Gravelius seine Absicht, zurückzutreten, bereits am 30. Mai geäußert hat, also vor Veröffentlichung des Wahlrechtsentwurfs.

(Sächsische Wahlrechtsänderung und Bund der Landwirte.) Die sächsischen Delegierten des Bundes der Landwirte erklärten, sie stimmten der Erklärung der konservativen Fraktion der Zweiten Kammer zu und hielten den Gehentwurf der Regierung in seinen Hauptbestandteilen für unannehmbar. Er enthalte eine ungerade Bevorzugung der Großstädte und eine Entrechtung des platten Landes. In dem neuen Wahlrechtsgesetz dürfe 1. auf die Scheidung städtischer und ländlicher Wahlkreise nicht verzichtet, müsse 2. der Uebertragung der Zweiten Kammer durch sozialdemokratische Abgeordnete vorgezogen werden und sei 3. dem Mittelstande in Stadt und Land eine ausschlaggebende Stellung zu sichern. Ferner sei bei der Abgrenzung der Wahlkreise neben der Bevölkerung die Bodenfläche geltend zu berücksichtigen. Endlich sei das Wahlrecht so einfach wie möglich auszugestalten, und die Verquickung allgemeiner Wahlen mit Wahlen kommunaler Körperschaften zu vermeiden. — Diese entschieden ablehnende Stellungnahme des Bundes der Landwirte bietet keinerlei

Ueberraschung, da der Standpunkt des Bundes schon in der Erklärung der konservativen Fraktion zur Geltung gekommen war. Daß wir die gegen die Wahlrechtsvorlage angeführten Argumente nicht als triftig anerkennen, dürfen wir als bekannt voraussetzen.

Berlin. (Der König von Siam) wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, dem Kaiser Wilhelm in Wilhelmshaven einen Besuch abstatten.

(Das leuchtende Luftschiff) soll in der ersten Hälfte des Monats August dem Kaiser vorgeführt werden. Dem Vernehmen nach wird der Ballon, wie immer, von dem Tegeler Schießplatz aus seine Fahrt antreten und nach dem Tempelhofer Felde seinen Weg nehmen, wo der Kaiser bei den Berlestruppen den Ballon erwarten, seiner Verbannung beizuhelfen und eine Besichtigung vornehmen wird.

(Angriffe auf Deutsche in Süd-tirol.) In Sachen der irredentistischen Ausschreitungen gegen deutsche Touristen, unter denen sich auch Reichsdeutsche befinden haben, ist von den zuständigen österreichischen Behörden sofort eine Untersuchung eingeleitet worden. Der deutsche Geschäftsträger in Wien, der sich in der Angelegenheit an die österreichische Regierung wandte, fand bereitwilligste Entgegenkommen.

(Die Unruhen in Nordamerika.) Die gemeldeten Unruhen im Bezirk der Residentur Adamaua in Kamerun sollen auf religiöse Verhörungen zurückzuführen sein. Größere Verhörungen hegt man in Berliner leitenden Kreisen vorläufig nicht. Das Gelände, in dem sich die Unruhen abspielen, ist für deren rasche Unterdrückung sehr günstig; denn Garua, die angegriffene deutsche Residentur des Adamaua-Bereichs, liegt in einer weiten Ebene, in der eine Kompanie schon eine bedeutende Macht bildet. Zudem ist die Kompanie des Hauptmanns Zimmermann vor kurzem mit dem Gewehr 88 ausgerüstet und verfügt über mehrere Maschinengewehre, wie auch die Kompanie in den Tschadsee-Gebieten in gleicher Weise auf alle Eventualitäten sehr gut vorbereitet und in der Lage ist, rasch und energische Hilfe zu leisten. Von besonderer Bedeutung ist der Umstand, daß hier das deutsche Territorium sehr schmal ist und jenseits der Grenze im französischen Gebiet ein ganzes Kolonialregiment in Fort Samy, im englischen Nigeria-Gebiet ebenfalls bedeutende Streitkräfte stationiert sind. Sollte, was jedoch nicht angenommen wird, die Bewegung weiteren Umfang annehmen, so würden vermuthlich diese beiden Nachbargebiete vielmehr in Mitleidenschaft gezogen werden, als die deutschen. Die gleichfalls in der gestrigen Ausgabe wiedergegebene Meldung von Kämpfen im französischen Tschadsee-Distrikt weist ja schon darauf hin. Wenn bei Deutsch-Südwestafrika manche Nachbarn die Fortdauer des Krieges gern sahen, so würde es hier vielmehr in ihrem ureigensten Interesse liegen, dafür zu sorgen, daß solche lokale Erhebungen möglichst rasch unterdrückt werden. Jedenfalls tut dieses neue Vorwissen wiederum die Notwendigkeit eines raschen Ausbaues der Bahn von Tuala nach den Manenguba-Bergen bis zum Tschadsee deutlich dar.

(Das deutsche Kanonenboot Vaterland hat auf dem Samtselung in Suisu die äußerste Grenze der Schiffsbarkeit des Stromes erreicht. Das Kanonenboot wird jetzt auf den Rumpf bis nach Kiating hinauffahren, um nachzuweisen, daß die Provinz Szechuan der Dampfschiffahrt eröffnet werden kann.

(Ueber den Gesetzesentwurf über die Arbeitskammern) wird, sobald die Beratung unter den beteiligten Ressortministerien ist, aller Voraussicht nach eine Anhörung von Arbeitgeber- und Rehmern stattfinden.